



DIE AKTIONISTEN

HANS RAUSCHER

KOMMENTAR



Wenn jetzt einer käme, der halbwegs glaubwürdig und geschickt ist, der sich der Themen Umweltschutz, Bürokratisierung aller Lebensbereiche, Hochmut der Mächtigen usw. annähme – der könnte mit einer Wahrscheinlichkeit bei den nächsten Nationalratswahlen mit einer neuen Partei ins Parlament einziehen.

Man soll sich so etwas wahrscheinlich gar nicht wünschen, denn so wie der österreichische Nährboden aussieht, würde ja doch nur ein geschickter Demagoge in der Maske des Biedermanns aufstehen; ein Westentaschen-Hitler mit einem primitiv-populären Programm. Aber ein Potential dafür ist da: Der Alleinvertretungsanspruch der traditionellen Parteien bröckelt massiv ab.

Das beweist zunächst die Meinungsforschung. Sowohl das „rote“ IFES-Institut als auch das bürgerliche Fessel-GfK

Politische Fronten brechen auf

stellen in ihren Untersuchungen fest, daß die traditionelle „Lagerbindung“ an die beiden Großparteien – Arbeiter wählen SPÖ, Bauern wählen ÖVP – rapid abgenommen hat. Wobei der Per-saldo-Verlierer die SPÖ ist: Unter anderem durch breite Bildung und Wohlstand sind „neue Mittelschichten“ entstanden, die von der SPÖ weg tendieren.

Das Aufbrechen der alten Fronten zeigt sich aber auch in der politischen Praxis: Am Anlaßfall Hainburg haben sich Vertreter beider großer Lager gefunden. Nennung hie, Mauthe da. Junge ÖVPler wie Karas und (etwas weniger deutlich) junge Sozialisten wie Cap. Selbstverständlich repräsentieren sie vorläufig nur den jeweiligen intellektuellen Rand (oder die Spitze?) ihrer Partei. Aber sie stoßen unzweifelhaft auf Sympathie in der Bevölkerung.

Die Großparteien halten die Menschen dort, wo sie die Macht haben, vorläufig noch fest im Griff vielfältigster Abhängigkeiten. Wer eine Wohnung, einen geförderten Kredit, eine Stelle beim Bund, Land, in der Gemeinde usw. haben will, bekommt es fast unweigerlich mit einer Partei – oder genauer: mit einer aufgeblasenen Funktionärstypen – zu tun. Das ist reale, handfeste Macht. Aber es hat schon längst in „den Menschen draußen“ böse Ressentiments erzeugt, eine würgende Wut, die sich einmal Luft machen wird.

Die Frage ist, wie das geschieht. Laufen die Leute einem neuen Rattenfänger nach, der ihnen verspricht „das verfluchte System“ zu stürzen? Oder bleibt es dabei, daß sich zu verschiedenen Streitfragen (wie eben Hainburg) Ad-hoc-Koalitionen bilden, die keinen Partei-, sondern einen Bewegungscharakter bilden? Jedenfalls tut sich etwas im politischen Bewußtsein. Manche in den Großparteien begreifen das, viele nicht.

Peter-Karriere im ORF noch nicht „gelaufen“

Alfred Stingl: Ich bin bis 1986 gewählt

„Ich bin im vergangenen Herbst mit einer erfreulichen Einstimmigkeit aller Fraktionen gerade in diesem umstrittenen Medium gewählt worden. Die Funktionsdauer des ORF-Kuratoriums und damit auch dessen Vorsitzenden gilt bis 1986 – und nachdem mir Gegenteiliges noch nicht gesagt wurde, habe ich auch die Absicht, dieses große Vertrauen, das ich erhalten habe, zu erfüllen!“

Der Grazer Vizebürgermeister und ORF-Kuratoriumsvorsitzende, Alfred Stingl, bestätigte im Gespräch mit dem KURIER, daß auch er bereits „davon gehört“ habe, dann, wenn er zur Jahreswende

rich Peter (FPÖ) abtreten zu müssen. Zeigt aber (noch) wenig Verständnis dafür, insbesondere was die SPÖ-interne Begründung – nämlich: Bürgermeister und ORF-Aufsichtsratschef zu sein, sei zeitlich nicht vereinbar – betrifft:

„Ich halte beide Funktionen für vereinbar!“ Bisher, so sagt Stingl, habe SPÖ-Vorsitzender Fred Sinowatz (von dem die FPÖ behauptet, er habe Parteichef Steger und Klubchef Peter dessen ORF-Karriere bereits per Handschlag versprochen) mit ihm noch nicht gesprochen, „ich würde den Parteivorsitzenden schon um ein solches Gespräch ersuchen!“ Dem Ergebnis einer solchen

Welle der Sympathie für Hainburgs Au

● Tausende haben unterschrieben

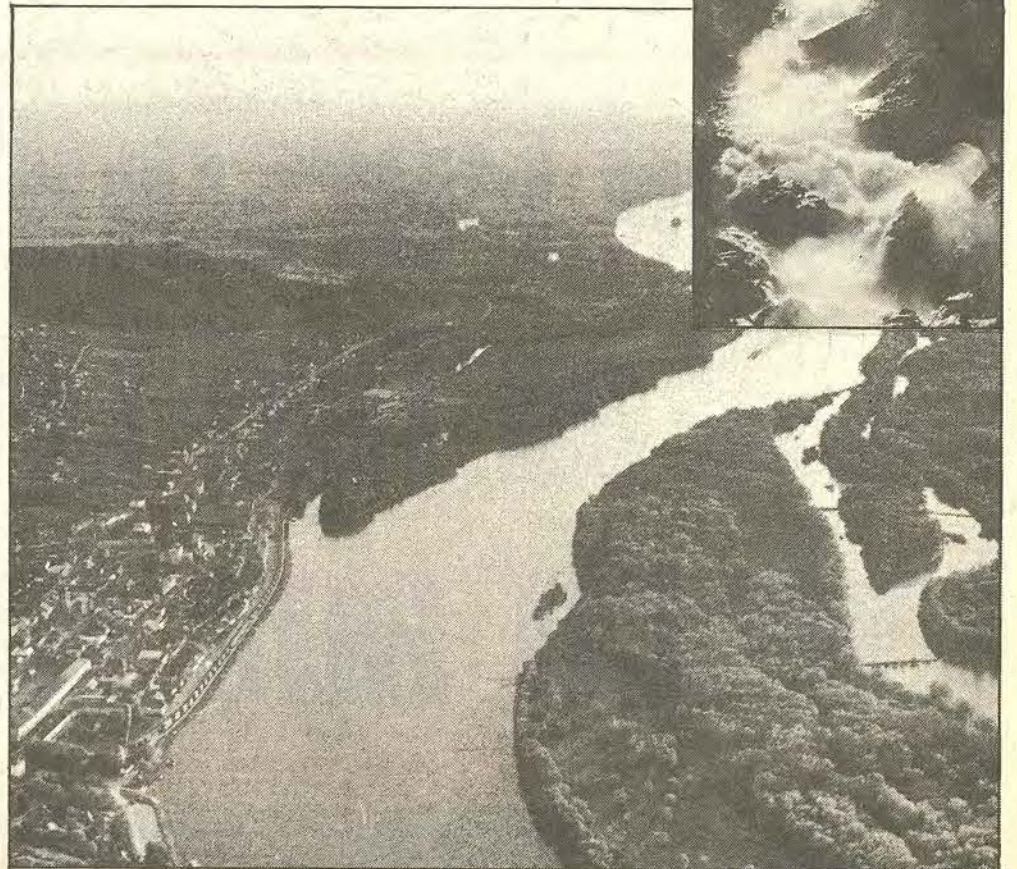
● Organisatoren mit Bombe bedroht

Mit über allen Erwartungen großem Zulauf begann die Einleitungsphase des von Nobelpreisträger Konrad Lorenz vorgeschlagenen Volksbegehren. zum Schutz der Au bei Hainburg. Gleichzeitig drücken die Regierung noch andere Energiesorgen. Das ebenso umstrittene Kraftwerksprojekt im Osttiroler Dorfertal ist nach neuesten Gutachten nur dann lohnend, wenn das einmalige Naturdenkmal der Umbalfälle einbezogen würde.

Gerhard Heiligenbrunner, der 26jährige Organisator des Volksbegehrens gegen das Kraftwerk Hainburg, bekam's mit der Angst: Unter den Tausenden Unterstützungserklärungen, die am Dienstag sein Büro erreichten, fand sich eine massive Drohung: „Wenn Sie nicht aufhören zu streiten, kommt eine Bombe.“ Ein Fall für die Polizei, nicht für die Initiatoren, die vom Erfolg ihrer Unterschriftenaktion selbst überrascht sind.

Bereits am Montag haben in Wien rund 6000 Wahlberechtigte für die Erhaltung der Hainburger Au unterschrieben, die magische Zehntausendermarke (die zur Einleitung des eigentlichen Volksbegehrens führt) ist – so wird vermutet – am Dienstag überschritten worden. Und das, obwohl es bei der Organisation „erhebliche Anlaufschwierigkeiten“ (Heiligenbrunner) gab. Erst ab Donnerstag werden die für die Unterstützungserklärung notwendigen Formblätter in allen 13.000 österreichischen Trafiken erhältlich sein.

Weshalb Unterschriften auch bei einer Reihe von begleitenden Aktionen gesammelt werden. Noch in dieser Woche werden „fliegende



KURIER-Bild: Bissuti, freigegeben vom BMFLV

Die Kraftwerksprojekte im Dorfertal und in Hainburg sorgen auch künftig für Aufregung

Kommissionen“, jeweils von einem Notar geleitet, in verschiedenen Kaffeehäusern bereitstehen. Am Sonntag wird es in der betroffenen Stopfenreuther Au ein Künstlerfest unter dem Titel „Frühstück im

Grünen“ geben – unter anderem haben schon Gottfried Helnwein und Eberhard Wächter zugesagt.

Die Sprengkraft der basisdemokratischen Aktion des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens

haben inzwischen auch die Parteien erkannt. Nach den Vereinten Grünen und der Freiheitlichen Jugend der Steiermark will nun auch die Wiener ÖVP mit organisatorischer Unterstützung beispringen.

Mit Energiefragen befaßte sich schließlich auch die Bundesregierung. Nachdem der Ministerrat den OECD-Vorschlag, den „Wasserkraftausbau intensiv fortzusetzen“, offiziell „zur Kenntnis“ nahm, wurde am Nachmittag das Osttiroler Kraftwerksprojekt am Ballhausplatz auf die Tagesordnung gesetzt. Nachdem Gutachten davon ausgehen, daß das Speicherkraftwerk nur unter Einbeziehung der Umbalfälle rentabel wäre, sind die Minister Steyrer und Fischer am Wort, die sich für die Erhaltung dieses Naturdenkmals ausgesprochen hatten.

CONRAD SEIDL ■

So unterstützt man das Volksbegehren

Das etwas komplizierte Verfahren zur Einleitung eines Volksbegehrens sieht vor, daß man auf einer Unterstützungserklärung die persönliche Unterschrift und die Eintragung ins Wählerverzeichnis nachweisen muß.

Am besten geht man mit einer Unterstützungserklärung

(die ab Donnerstag in Trafiken erhältlich ist) auf das Gemeindeamt oder ein magistratisches Bezirksamt. Dadurch entfallen die Kosten einer gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung. Das eigentliche Volksbegehren braucht man dann nicht zu unterschreiben.

Dallinger bleibt bei „Maschinensteuer“

Neue Abgabe statt Arbeitgeberbeiträgen

„Ich habe meine Mitarbeiter beauftragt, entsprechende Dinge zusammenzustellen und verschiedene Varianten auszurechnen.“ Sozialminister Alfred Dallinger läßt also keinen Zweifel daran, daß er an der Idee einer Wertschöpfungsabgabe – von der Opposition als „Maschinensteuer“ bezeichnet – festhalten will.

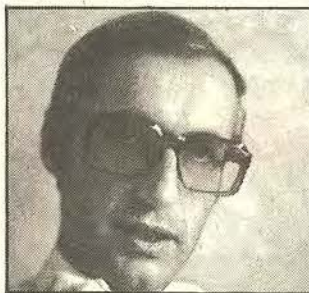
Allerdings kündigte Dallinger schon für absehbare Zeit Gespräche mit den Sozialpartnern an, um auf diesem Gebiet größtmögliche Übereinstimmung zu finden.

Dallingers Begründung für diese neue Abgabe, die die bisherigen Arbeitgeberbeiträge für die Sozialversicherung

der technologischen Entwicklung eine neue Bemessungsbasis für die Sozialversicherung brauchen!

An Stelle der bisherigen Arbeitgeberbeiträge, die pro Dienstnehmer bezahlt werden, soll dieses neue System in Zukunft nicht mehr die Zahl der Arbeitnehmer berücksichtigen, sondern die sogenannte Wertschöpfung. Denn zahlreiche Betriebe entlassen Mitarbeiter, um sie durch Maschinen zu ersetzen. Andererseits, so Dallinger, kosten Arbeitslose und Frühpensionisten der öffentlichen Hand mehr Geld als derzeit zur Verfügung steht.

Um diese Lücke zu schließen, soll nun diese Wertschöpfung



Stingl: Alles vereinbar

WEINSTEIN



Wem sei' Umwelt was wert is, der soll jetzt a bissel Gas geb'n, damit er si beim KURIER-Abgastest

Inland

● ORF

Neuer Pressesprecher des ORF wird am Donnerstag Peter Diem. Der bisherige Pressesprecher Peter Pirker geht nach Hamburg zum dortigen privaten Verleger-Fernsehen.

● Gewinne

Es sei eine Illusion, zu glauben, das Jahr 1982 sei ein Traumjahr für Unternehmer gewesen, stellt die Industriellenvereinigung in einer Aus-sendung fest.

● Staatsanwälte

Das Weisungsrecht an Staatsanwälte soll nun durch ein Gesetz geregelt werden. Weisungen sollen nur mehr schriftlich erfolgen dürfen.

● Fristenlösung

Die Debatte über die Fristenlösung geht weiter: Die Plattform „Geborene für Ungeborene“ meinte, in der Bevölkerung gebe es ein Grundbedürfnis für Positiv-Maß-